

Verkehrspolitik zwischen Trauerspiel und zarter Hoffnung

Dort hinten, wo koa Zug hifahrt, (...) hinten ganz weit hint'n in da Obapfoalz", so singt Georg Ringsgawndl in einem seiner Lieder. Dies trifft so ähnlich auf 123 von rund tausend deutschen Mittelzentren zu, die derzeit nicht ans Schienennetz angeschlossen sind. „Da Fuchs sagt guade Nacht zum Hos“, so eine weitere Liedzeile, das kann man in Sachen Schiene/Bahn bayern-, ja bundesweit wahrlich behaupten!

Straßen- contra Schienen-Ausbau

Wie verfehlt und auto-zentriert die deutsche Verkehrspolitik ist, zeigt sich an folgendem Vergleich: Im Jahr 2019 wurden 233 Kilometer Bundesstraßen neu gebaut oder mit zusätzlichen Fahrspuren versehen. An Schienenwegen waren es 9 Kilometer und im vergangenen Jahr kam nicht einmal ein einziger Meter neuer Schienenweg hinzu. Die Schiene ist also gegenüber der Straße beim Aus- und Neubau weit abgeschlagen.

Dagegen setzt die Europäische Kommission mit dem »Europäischen Jahr der Schiene« ein richtiges verkehrspolitisches Signal. „Denn die Klimaziele im Verkehrssektor sind nur mit einem starken Schienenverkehr zu schaffen. Damit der Schienenverkehr zum Rückgrat der Verkehrswende werden kann, brauchen wir sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene einen Vorrang für Investitionen in den Ausbau der Bahninfrastruktur und attraktivere Angebote“, erklärte MdB Matthias Gastel.

Für den Aus- und Neubau von Straßen stellt der Bund im laufenden Jahr 3,1 Milliarden Euro in den Haushalt ein. Hinzu kommen noch ÖPP-Projekte (öffentlich-private Partnerschaft). Diese werden mit Mitteln aus der Wirtschaft vorfinanziert und belasten den öffentlichen Haushalt später nicht unerheblich. Dagegen stehen nur 1,6 Milliarden Euro für den Aus- und Neubau der Schienenwege zur Verfügung. Diese massive Schiefe besteht schon seit Jahrzehnten; wen wundert es da, dass es eine eklatante Auseinanderentwicklung zwischen den Verkehrsträgern gibt?

Bedeutung des ÖPNVs

Dazu schreibt das Umweltbundesamt: „Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bussen und Bahnen in Deutschland ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Mobilitäts- und Alltagskultur. Die Lebensqualität und Urbanität deutscher Städte ist unmittelbar verbunden mit einem attraktiven und



Foto: Holger Braun

Wir brauchen die (Fuchstal-)Bahn parallel zur sehr stark befahrenen B 17 zwischen Schongau und Landsberg, denn ein gut getakteter, verlässlicher und sicherer Zug bringt Vorteile und Anschluss an Fernverbindungen.

leistungsfähigen ÖPNV. (...) Nur wenn der ÖPNV von den Menschen als eine echte Alternative zum Auto wahrgenommen wird, kann er seine Position als umweltverträglicher Verkehrsträger für die Zukunft sichern und ausbauen.“

Auch der Verkehrsclub Deutschland e.V. äußert sich ähnlich: „Jeden Tag bringen Busse und Bahnen Millionen Menschen an ihr Ziel und ermöglichen ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Nicht nur in den Städten, auch für weniger mobile Menschen auf dem Land, ist der öffentliche Nahverkehr verantwortlich für eine verbesserte Lebensqualität, saubere Luft und mehr Platz auf den Straßen. Aus der Zukunft einer nachhaltigen Mobilität ist er nicht wegzudenken, denn er ist nicht nur sicherer und günstiger als das private Auto, sondern vor allem deutlich klimaverträglicher.“

ÖPNV in unserer Region

Der Kämmerer des Landkreises Weilheim-Schongau wettete jüngst gegen eine Erweiterung des Münchner Verkehrsverbunds in unseren Landkreis. (Anm: Er ist kein gewählter Mandatsträger; aber als CSU-Mitglied torpediert er die Bestrebungen für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik.) Im Weilheimer Tagblatt vom 17.3.2021 wird er so zitiert: „Die Münchner wollen nur, dass mehr Leute mitzahlen für ihren MVV.“ – Hier wird ein Schreckgespenst an die Wand gemalt, die Vorteile eines MVV-Beitritts werden völlig unterschlagen.

Wenn – wie erklärt – die Landkreise Landsberg und Tölz dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund beitreten, dann wird unser

Landkreis in Bezug auf einen attraktiven ÖPNV in vielerlei Hinsicht abgehängt.

Nach den augenblicklichen Finanzplanungen des Landkreises WM-SOG sollen für alle Formen von Zukunftsfragen für absehbare Zeit keine Gelder mehr zur Verfügung gestellt werden. Konkret heißt das: Kein Geld für den Beitritt zum MVV-Gebiet (geplant zum Dezember 2024), kein Geld für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, kein Geld für den Klimaschutz.

Erfreuliche Signale

Die Gemeinden Bernried, Böbing, Rottenbuch und Steingaden zeigen Interesse an einer elektronischen Gästekarte, mit der Tourist*innen kostenlos auf allen Linien der Regionalverkehr Oberbayern GmbH im Oberland fahren können. Die kostenlose Nutzung des ÖPNV könnte Urlauber*innen dazu motivieren, das Auto stehen zu lassen.

Seit dem 1. Januar 2021 gibt es zwischen Peiting und Schongau nur noch einen Tarif für alle Busse. Auch kann das RVO Tagesticket z. B. bereits ab Birkland für eine Fahrt nach Garmisch-Partenkirchen oder Füssen im Bus gelöst werden.

Die Gemeinden Polling und Wielenbach/Wilzhofen machen sich für die Wiedereinrichtung von Bahnhalten in ihren Orten stark, eine wesentliche Begründung ist die für den Schutz unseres Klimas erforderliche Mobilitätswende. Wielenbachs Bürgermeister Mansi will ab sofort alle kommunalen Angelegenheiten und regionalen Planungen daraufhin ausrichten.

Fortsetzung auf Seite 7

Mobilfunk: Bürgerinitiativen des Alpenvorlands fordern Konsequenzen aus den Warnungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS)

Das BfS warnt: In Tierversuchen zeigt sich schon bei geringfügiger Strahlenbelastung eine signifikant tumorfördernde Wirkung. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes fordert es deshalb zur Gefahrenabwehr eine vorsorgliche Reduzierung der individuellen Strahlenexposition und eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung. 5G solle erst nach einer Gesundheitsverträglichkeitsprüfung eingeführt werden.

Inkonsequenter Weise wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen durch Verkehrs- und Digitalminister Scheuer bis heute nicht entsprechend angepasst. Daher werden jedenfalls in der näheren Umgebung von Mobilfunkmasten die als tumorfördernd identifizierten Strahlenwerte überschritten.

Die Bürgerinitiativen des Alpenvorlands fordern die Strahlenbelastung der Bevölkerung auf ein gesundheitlich unbedenkliches Maß zu reduzieren.

In der Vergangenheit noch sprach der Staat auf der Grundlage der Einschätzung des BfS den hochfrequenten Strahlen jede Gefährlichkeit ab. Entsprechend hoch wurden die Grenzwerte in Verordnungen festgelegt, behördliche Verfahrensabläufe mit dem Ziel der Ermöglichung eines rasanten Ausbaus des Mobilfunknetzes umgestaltet.

Wegen eindeutiger Studienergebnisse hat das BfS inzwischen einen Richtungswechsel vollzogen. Nun warnt es auf seinen Internetseiten wie folgt:

- Die tumorfördernden Effekte (von hochfrequenten Strahlen bei Mäusen) waren bei einigen der untersuchten Leber- und Lungentumorarten bereits in der Gruppe mit dem niedrigsten SAR-Wert von 0,04 W/kg signifikant. www.bfs.de/DE/bfs/wissenschaft-forschung/ergebnisse/hff-tumorfoerderung/hff-tumorfoerderung.html
- Es gäbe noch Unsicherheiten hinsichtlich möglicher langfristiger Wirkung hochfrequenter elektromagnetischer Felder auf den Menschen und insbesondere auf Kinder. www.bfs.de/DE/themen/emf/hff/wirkung/iarc/iarc.html
- Es gibt Hinweise auf Störungen des Immunsystems, des Hormonhaushalts, Hinweise auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis hin zu dem Verdacht, dass die Felder des Mobilfunks Krebs auslösen oder eine bereits vorhandene Krebserkrankung verschlimmern könnten. www.bfs.de/DE/mediathek/unterrichtsmaterial/mobilfunk/mobilfunk-material.html, Unterrichtsmaterial des BfS, Arbeitsblätter Mobilfunk ab Klasse 5, S.19
- Bis zur endgültigen Klärung der offenen Fragen fordert das BfS neben den bestehenden Vorschriften zur Gefahrenabwehr eine vorsorgliche Verringerung der individuellen (Strahlen-)Belastung und eine umfassende Information der Bevölkerung. www.bfs.de/DE/themen/emf/hff/wirkung/iarc/iarc.html
- Grundsätzlich fordert das BfS, dass wesentliche Parameter neuer Techniken so rechtzeitig bekanntgegeben werden, dass die Wissenschaft und der Strahlenschutz Gelegenheit haben, vor der Einführung der neuen Techniken deren Gesundheitsverträglichkeit zu überprüfen. www.bfs.de/DE/themen/emf/hff/wirkung/hff-diskutiert/hff-diskutiert.html

Eine tumorfördernde Wirkung wurde also schon bei einem SAR-Wert von 0,04 W/kg festgestellt, dem geringsten untersuchten SAR-Wert. Bei einem Telefonat mit dem Handy treten üblicherweise SAR-Werte von 0,2 bis 1,2 auf. Der zulässige Richtwert liegt sogar bei 2, also einem 50-mal höheren Wert als der, der das Krebswachstum nachweislich signifikant begünstigt. Dieselbe Problematik besteht auch bei der von Mobilfunkmasten ausgehenden Strahlung.

In diesem Zusammenhang ist wichtig zu wissen, dass das Krebsrisiko in Deutschland inzwischen bei fast 50% liegt (51% der Männer und 43% der Frauen erkranken in Deutschland im Laufe ihres Lebens gemäß einem Bericht des Robert-Koch-Instituts an Krebs).

Bei einer Übertragbarkeit der Tierversuche auf den Menschen wäre dementsprechend ein sehr hoher Prozentsatz der Bevölkerung von einer sich signifikant tumorfördernd auswirkenden Strahlung betroffen, ohne dies durch individuelles Nutzungsverhalten verhindern zu können. Denn die in Tierversuchen erwiesenermaßen tumorfördernden Werte werden zumindest in der unmittelbaren Umgebung von Mobilfunkmasten überschritten und in überlappenden Einwirkungsbereichen von mehreren in der Nähe befindlichen Funkmasten. Die festgestellte tumorfördernde Wirkung aus Tierversuchen korrespondiert im Übrigen mit Erkenntnissen aus epidemiologischen Langzeitstudien, also Studien von Menschen. Auch aus diesen ergeben sich deutliche Anhaltspunkte für eine von Funkmasten ausgehende krebserregende beziehungsweise krebserfördernde Wirkung trotz Einhaltung der geltenden Grenzwerte.

Diese Sachlage müsste eigentlich zu einer Grenzwertanpassung führen. Wohl wegen wirtschaftlicher Erwägungen wird dieser überfällige Schritt aber weder vom BfS gefordert noch vom zuständigen Digitalminister Scheuer umgesetzt.

Dies wollen die Bürgerinitiativen des Alpenvorlands nicht hinnehmen und fordern, nur erwiesenermaßen gesundheitlich unbedenkliche Strahlenemissionen zuzulassen, zumal im Inntal eine ungünstige Wechselwirkung mit der erhöhten Radonstrahlung aus dem Gestein denkbar ist.

Sibylle Killinger, Rechtsanwältin
Eric Schilwat
Dr.-Ing. Hans Schmidt

Bürgerinitiativen des Alpenvorlands:
(Stand 21.02.21: 40 Initiativen)

Fortsetzung von Seite 6

Auch im Landkreis Landsberg gibt es kleine ÖPNV-Verbesserungen: Mit nur einem Fahrschein können alle Busse, unabhängig vom durchführenden Unternehmen, in der gelösten Verbindung benutzt werden. Unabhängig davon, wie viele Buslinien dazu benötigt und wie oft ein Umsteigen erfolgen muss. Mit einem Fahrschein der Regionallinien kann auch der Stadt- bzw. Ortsbus in Landsberg, Kaufering und Dießen ohne Zuzahlung benutzt werden.

Wer im Vergleich mit der Schweiz in der deutschen ÖPNV-Diaspora lebt, der freut sich natürlich über die neuen Großflächenanzeigen für Bus- und Zugverspätungen am Zentralen Omnibus-Bahnhof (ZOB) in Landsberg. Bis Ende Juli sollen weitere 90 Bushaltestellen im Landsberger Stadtgebiet mit solarbetriebenen Displays ausgestattet werden. Die Anzeigen sind zudem barrierefrei und können auf Knopfdruck sogar vorgelesen werden. „Schnelle, zuverlässige Infos

über den Fahrplan sind neben Frequenz und Servicequalität die wichtigsten Parameter, wenn es darum geht, Fahrgäste zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren“, da waren sich Landsbergs Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl und Landrat Thomas Eichinger einig.

ÖPNV-Entwicklungsland Bayern

Die Bemühungen des AmmerLechLands, eine Übersicht über das ÖPNV-Angebot durch die Herausgabe »Mein Bus-Plan 2021 – Peiting-Schongau-Altenstadt« zu geben, halte ich für sinnvoll. Ob das magere Angebot ausreicht, um Fahrgäste anzulocken? An Werktagen (Schultagen) fährt der Bus von Schongau nach Landsberg sechsmal, an Ferientagen nur viermal. An Samstagen gibt es nur zwei Fahrten. Am Sonntag bleibt der Bus im Depot.

Es gibt noch viel zu tun.

Irmgard Schreiber-Buhl, Schongau
Mitglied im Arbeitskreis Fuchstalbahn in der UIP e.V.

Heizkraftwerk Altenstadt

Vorzeitiger Baubeginn genehmigt

Aus der Lokalzeitung konnten wir Anfang April entnehmen, dass die Regierung von Oberbayern als zuständige Genehmigungsbehörde die Baumaßnahmen zur Erweiterung des Heizkraftwerks Altenstadt genehmigt hat.

Ein neuer Brennstoffbunker für den heizwertreichen Müll und die damit verbundene neue Fördertechnik zur Anbindung an die Verbrennungsanlage können damit vorzeitig gebaut werden. Die immissionschutzrechtliche Genehmigung für die Erweiterung des Heizkraftwerks für die sogenannten Ersatzbrennstoffe ist damit noch nicht erteilt. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass auch hier demnächst ein entsprechender Genehmigungsbescheid erlassen wird.

Obwohl die Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V. und auch Einzelpersonen gegen die Erweiterungspläne umfangreiche schriftliche Einwendungen erhoben und mehrfach ein öffentliches Verfahren mit Erörterungstermin gefordert haben, wurde niemand aus diesem Kreis über die Genehmigung informiert. Mehrere Nachfragen meinerseits zum Stand des Verfahrens blieben bis heute unbeantwortet. Somit haben wir wieder einmal ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie selbstherrlich seitens der Herrschenden mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land umgegangen wird. So werden wir wohl demnächst aus der Zeitung die gnädige Verlautbarung der Regierung von Oberbayern entnehmen können, dass die Änderungsgenehmigung erteilt worden ist, ohne selbst darüber informiert worden zu sein, geschweige denn den entspre-



Fotomontage: Renate Müller

Unser Vorschlag für das neue Firmenlogo

chenden Genehmigungsbescheid zugestellt zu bekommen. Ob die vielfachen Einwendungen wenigstens zu entsprechenden Auflagen für den Betreiber geführt haben können wir ohne Vorlage des Genehmigungsbescheids dann nicht überprüfen.

Apropos Überprüfen: Nach wie vor verweigern uns Herr Schuster und sein angeheuerter Umweltingenieur Dr. Zellermann die Einsichtnahme in die Präsentationsfolien, welche im Oktober bei der Desinformationsveranstaltung im Ballenhaus die Ungefährlichkeit der geplanten Anlage belegen sollten. Wenn wir es damals richtig verstanden haben, sollen ja aus dem Kamin so gut wie keine Schadstoffe in die Umwelt gelangen und landwirtschaftliche Flächen sowie Gemüsebeete in Schongau West eher eine Bodenverbesserung erfahren.

Hans Schütz

**Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V. ist ein gemeinnütziger Verein.
Alle Spenden sind also steuerlich abzugsfähig.
Spendenkonto: Sparkasse Oberland ·
IBAN: DE89 7035 1030 0000 1099 00 · BIC: BYLADEM1WHM**



Verantwortlich für Seite 6, 7 und 8:

Renate Müller (V.i.S.d.P. und Autorin aller nicht namentlich gekennzeichneten Artikel)

86956 Schongau

Tel: 08861 4912

rena-mueller@t-online.de

Internet: www.uip-online.de

Satz und Layout:

Jürgen Müller, j.mueller6@gmx.net

Zur Zeit finden auf Grund der Coronaregeln keine öffentlichen UIP-Treffen und keine öffentlichen Treffen des AK-Fuchstalbahn statt.

» Vor 33 Jahren «
Ein Blick zurück
auf die Historie der UIP
von Hans Schütz

Mai 1988

Vertreter der UIP sind mit dabei, als in Ingolstadt der zunächst auf Süddeutschland begrenzte Verein »Das Bessere Müllkonzept e.V.« als Dachverband der Müllinitiativen auf ganz Bayern ausgedehnt wird. Weitere Landesverbände sollten in der Folge bundesweit entstehen.

Mit dabei ist die UIP auch bei der Gründung einer Bürgerinitiative gegen die Stationierung von Patriot-Raketen hoch über Peißenberg in Guselried und bei den heftigen Protesten gegen die geplante West-Umgehung von Schongau und Peiting. Erstaunen löst in der Öffentlichkeit eine Pressemitteilung der UIP aus, in der das Straßenbauamt gelobt wird. Umweltschützer sind schließlich Straßengegner! Begrüßt wird von diesen die Tatsache, dass vermehrt straßenbegleitende Pflanzungen von autochthonen Büschen und Hecken bis hin zur Anlage von Kleinbiotopen durchgeführt werden.

Frage: Wer weiß noch, warum das Pflanzen von Obstbäumen als Straßenbegleitung schnell wieder aufgegeben wurde?

Tel.: 0 88 61 / 25 97 99 5
Fax: 0 88 61 / 25 67 99 6

Bio im Lech-Ammer-Land
naturmarkt
Peiting

Öffnungszeiten

Mo – Fr: 7:30 – 19:00 Uhr

Sa: 7:30 – 13:00 Uhr

info@naturmarkt-Peiting.de
www.naturmarkt-Peiting.de
Freistraße 2 · 86971 Peiting

Shopping im grünen Bereich

LayArt vielseitig kreativ

Leistungen

COMPUTERSERVICE à la LAYART
HOMEPAGE · HOSTING
SATZ / LAYOUT · DESIGN · WERBUNG
AUDIO · VIDEO

Kontakt

JÜRGEN MÜLLER · AMSELSTR. 31 · 86956 SCHONGAU
TEL.: 08861 900398 · INFO@LAYART.ORG